

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Erscheint jeden Wochentag nachmittags — Fernspr. Nr. 11.
Postfachkonto Leipzig 28 464. — Gemeindefachkonto 14. —
Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohen-
stein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweig-
stelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingelangte
Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einwendungen
ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

und Anzeiger

Bei Klagen, Konturufen, Vergleichen usw. wird der Brutto-
betrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt —
Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes
der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungs-
einrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung
oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Giltengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Germersdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Vangenberg, Weinsdorf, Falken, Vangenschurndorf, Reichen-
bach, Callenberg, Grumbach, Ertshausen, Ruchschappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grikna,
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts,
des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der
umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frick.

Nr. 18

Der Raum des Millimeters der einseitigen Anzeigen-
zeile kostet 6 Wkt., der einseitigen Zeile 18 Wkt.,
für den Nachweis werden 25 Goldmarken berechnet.

Sonnabend, den 21. Januar 1928

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldmarken
einschließlich Trägerlohn.

78. Jahrg.

Die Aussprache im Reichstag

Marg über die Phöbus-Angelegenheit — Gevering und Wallraf sprechen

Berlin, 20. Januar

Karl Severing ist ein „Unbedingter“, der schon als Siebzehnjähriger für die Partei arbeitete, ausgewiesen wurde, in der Schweiz weiter Propaganda trieb, kurz, sein Leben ganz in den Dienst der Partei gestellt hat. Kein Wunder, daß es bei seiner Rede zu Unterbrechungen, zu Lärmzügen kommt. Sobald sein Name an der Redertafel erschien, hatte man sofort gewußt, daß die Sozialdemokraten nicht den Haushaltplan kritisieren, sondern eine große politische Abrechnung halten wollten. Den anderen Parteien bleibt nun nichts anderes übrig, in dieselbe teien bleibt nun nichts anderes übrig, in die-geordnete Wallraf, der frühere Oberbürgermeister von Köln, tut es, in der Form, weit zurückhaltender, sichtlich nur notgedrungen. Die bürgerlichen Parteien hätten die große politische Aussprache gern noch um eine Woche verschoben, müssen der Sozialdemokratie aber nun auf ihrem Wege folgen. Man freut sich, daß die Deutsch-nationalen Wallraf wieder einmal herausgestellt haben, der sich noch ganz die glänzende Bewandlung bewahrt hat, die er früher bei seinen berühmten Kaiser-Geburtstags-Reden an den Tag zu legen pflegte. Es ist ihm sicher nicht ganz leicht gefallen, seine Rede so zu formulieren, daß sie den Wünschen der ganzen Fraktion gerecht geworden ist, denn was aus dem deutsch-nationalen Fraktionszimmer herausfließt, läßt erkennen, daß es dort zu sehr lebhaften Debatten gekommen ist. Darüber wird man vielleicht bei der zweiten Rednergaritur Näheres hören, wenn der Freiherr von Freytag-Loringhoven, nächst Gevering wohl das rechtsstehendste Mitglied der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion, zu Worte kommen wird.

Der Verlauf der Sitzung

Berlin, 20. Januar

Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1928 wird dann fortgesetzt.

Zunächst ergreift Reichsfinanzminister Dr. Marg das Wort zu einer längeren Erklärung. Er führt u. a. aus:

Zu den kritischen Fragen, die bei der Beratung des Etats voraussichtlich eine gewisse Rolle spielen werden, gehört die sogenannte Phöbus-Angelegenheit. Gewisse Maßnahmen der Marineleitung in dieser Angelegenheit haben mir Veranlassung gegeben, Spartenminister Saemisch mit der Auffklärung des Sachverhalts der angeblichen Subventionen der Phöbus-Aktiengesellschaft, sowie der anderen wirtschaftlichen Maßnahmen, die in der Presse erörtert worden sind, im Reichswehrministerium zu betreten.

Die eingehenden Untersuchungen des Spartenkommissars Saemisch haben ergeben, daß ein Teil der Pressebehauptungen zutreffend, ein anderer Teil dagegen nicht zutreffend ist. Ferner hat sich ergeben, daß diese Maßnahmen zum Teil eine Zeit angehören, für die die gegenwärtige Reichsregierung nicht die Verantwortung zu tragen hat. Die Untersuchung hat einen Tatbestand aufgeklärt, der von der Reichsregierung aufs ernste gemißbilligt wird. Die Reichsregierung hat Maßnahmen getroffen, die die Wiederholung solcher Vorgänge verhindern sollen.

Bei den Angelegenheiten, mit denen sich die Presse beschäftigt, handelte es sich im wesentlichen um Maßnahmen zugunsten der Phöbus-

Film-Aktiengesellschaft, dann auch um eine Verbindung des Reichswehrministeriums mit dem Berliner Bankverein, von dem die Marineaktion übernommen und dem sie durch Bürgschaften große Kredite geleistet hat. Alle diese Behauptungen haben sich als zutreffend bestätigt (Hört, hört! links), allerdings mit der Maßgabe, daß die finanziellen Maßnahmen von dem Leiter der Seetransportabteilung, Kapitän zur See Lohmann, eingeleitet wurden, mit Ausnahme der Bürgschaften. Mit der Unterstützung der Phöbus-Gesellschaft bezweckte Kapitän Lohmann, der Ueberfremdungsgesfahr vorzubeugen und ihre nationale — nicht nationalistische — Einstellung sicherzustellen. Wenn in der Presse festgestellt wurde, daß eine Ueberfremdungsgesfahr bestanden habe, so kann das ohne weiteres als unrichtig bezeichnet werden. Es ist bekannt, daß ausländisches Kapital bei allen deutschen Filmunternehmungen Einfluß gesucht hat.

Die auf das Jahr 1924 zurückgehende, zuerst finanziell geringe Anteilnahme an der Phöbus-A.G. hat, als die Notwendigkeit einer Geschäftserweiterung und damit einer Erhöhung des Geldbedürfnisses auftrat, Anfang 1925 zur Uebernahme von Aktien durch Kapitän Lohmann und des weiteren zur Gewährung von Bürgschaften geführt. Die erste dieser Bürgschaften in Höhe von drei Millionen Mark datiert vom 26. März 1926 und ist von dem damaligen Reichsfinanzminister, dem Reichswehrminister und dem Chef der Marineleitung gegengezeichnet (Hört, hört! links), dagegen nicht, wie die Presse behauptet, vom damaligen Reichsfinanzler. Der Kredit, für den die Bürgschaft geleistet wurde, war von der Phöbus-A.G. in regelmäßigen Raten abzutragen, was bisher auch geschehen ist, mit der Wirkung, daß der Kredit nahezu zur Hälfte abgedeckt ist.

Ueber diese Bürgschaft hinaus hat aber, wie die Ermittlungen ergeben haben, Kapitän Lohmann der Phöbus-A.G. weitere Bürgschaften in Höhe von 3,5 Millionen und 920 000 Reichsmark zu Lasten des Reiches gewährt. Der Kanzler bestätigt weiter, daß Kapitän Lohmann Aktien des Berliner Bankvereins in Höhe von 1,5 Millionen Mark für das Reichswehrministerium erworben hat. Hierbei sei dem Reich ein Verlust von 675 000 Mark entstanden. Mit weiteren Verlusten müsse gerechnet werden. Die Mittel hätten Kapitän Lohmann aus der Abwicklung des Krieges und seiner Folgeerscheinungen zur Verfügung gestanden. Diese Mittel seien heute völlig ausgeschöpft und dem Reichswehrministerium kämben solche nicht mehr zur Verfügung. Es sei nicht richtig, daß das Reichswehrministerium darüber hinaus aus dem Etat Beiträge zur Verfügung gestellt habe. Zu beanstanden sei auch der Ankauf des Hauses Lühnowufer 3, dessen Preis allerdings nicht 900 000, sondern 588 000 Mark betragen habe. Der Kanzler stellte fest, daß die von Kapitän Lohmann eingeleitete Verbindung mit der Phöbus, sowie seine weiteren Unternehmungen zur Zeit abgewickelt, abgeschlossen bzw. liquidiert werden. Die Behauptung, daß Kapitän Lohmann und die Verwalter des Geheimfonds, sowie dritte Personen ungeheure persönliche Geschäfte gemacht hätten, habe sich nicht erhärten lassen.

Das gesamte Kabinett sei sich einig, daß die genannten Vorkommnisse in der Marine tief bedauerlich sind. Eine Wiederholung derartigen Dinge müsse unter allen Umständen ausge-

schlossen sein. Es sei bereits die Einsetzung einer Kontrollkommission aus Vertretern des Reichswehrministeriums, des Finanzministeriums und des Rechnungshofes beschlossen, um die Finanzgebarung der einzelnen Abteilungen des Reichswehrministeriums laufend zu überwachen. Gegen Kapitän Lohmann sei seitens des Wehrministeriums ein Verfahren eingeleitet worden, das noch in der Schwebe sei.

Hierauf beginnt die Aussprache.

Hg. Severing (Soz.) erklärt, seine Partei werde bestrebt sein, die Beratungen so zu fördern, daß der Etat am 31. März verabschiedet werden kann, um die Bahn freizumachen für eine Volksvertretung, die dem politischen Willen des Volkes mehr entspreche als der heutige Reichstag. Die Behauptung, daß der Etat für 1928 genehmigt sei, halte einer näheren Prüfung nicht stand. Es wäre Selbstbetrug, die Augen vor den unerfreulichen Erscheinungen auf den Arbeitsmärkten zu verschließen. Hier zeigten sich schon die Folgen des Geldzuges gegen die öffentliche Wirtschaft der Gemeinden. Der Anschlag der Schwerindustriellen, der mit den Stilllegungsbeschlüssen und mit der Erhöhung der Eisenpreise verknüpft worden sei, lasse die große Gefahr erkennen, in der sich ein Staat befinde, der sich nicht zeitig genug solchen Diktaturgefühlen widersetze; wer Unternehmerwillkür vor die Interessen des Staates und der Wirtschaft stelle, für den gebe es nur die Antwort der Enteignung der Betriebe. Der Redner fordert, daß endlich Schluß gemacht werde mit Gesetzen, die nicht den geringsten Nutzen bringen und eine Menge Geld kosten. Er nennt das Reichsschulden- und das Gesetz gegen Schund- und Schmutzschriften, das ein Schlag ins Wasser gewesen sei. Von der Länderkonferenz könne man sagen: Resolutionär, aber nicht resolut! Man habe die Führung der Reichsregierung bei dieser Konferenz vermisst. Die Senation der Konferenz sei die Rede des württembergischen Staatspräsidenten Bazille gewesen, gegen dessen Ausführungen der Redner schärfste Verwahrung einlegt. Würde ein Minister der Linken eine solche Rede gehalten haben, da hätte es keinen deutsch-nationalen gegeben, der ihn nicht hochverräterischer Umtriebe geziehen hätte. Es sei bedauerlich, daß ein Mann mit diesem Mangel an Selbstbeherrschung und politischer Linie an der Spitze eines deutschen Gliedstaates stehe. Die wachsenden Differenzen zwischen Reich und Preußen fänden ihre Ursache zum großen Teil in der Person des Innenministers v. Reudell. Der Redner bespricht weiter die Angriffe des Reichsbankpräsidenten auf die Gemeinden und erklärt, diese üblen Anklagereden würden nachgerade zu einer Gefahr für das ganze Staatsleben. Die Gemeinden hätten ein Recht, sich zu verbitten, als die Sündenböcke der deutschen Finanzmisere behandelt zu werden. Die für den Panzerkreuzer erforderlichen Mittel würden in den nächsten Jahren unmöglich aufzubringen sein. Außerdem sollten wir nicht aufrüsten mit kostspieligen Schiffsbauten, wenn wir die andern zur Abrüstung bringen wollen. Dem Reichsfinanzminister es immer weniger, das Kabinett unter einen Hut zu bringen. Der Redner fragt, was bei der versprochenen Reform der Reichswehr herausgekommen sei. Geßler habe vieles verhindert, aber ebensoviel veräußert. 1920 sei die Reichswehr ein Bäumchen gewesen, das man leicht hätte biegen können. Geßler habe es nicht gebogen, sondern zu einem wilden Schwarzweih-

rot-Dorn wuchern lassen. Der Wunsch des Prinzen Heinrich auf der „Berlin“ sei ein wertvoller Beitrag zur Abwendung dieses Vorfalls sei ein wertvoller Sohn auf unsere republikanische Wehrmacht. Die Wehrmacht dürfe nicht Selbstzweck sein, sondern sie sei ein Mittel für die Zwecke des Staates. Der Phöbus-Standal werde im Ausschuss noch gründlich erörtert werden müssen. Zur Außenpolitik erklärte der Redner, daß die beste Grenzverteidigung Frankreichs der Friedenswille des deutschen Volkes sei, den demnächst die Reichstagswahlen gegen alle Störenfriede hüten und drüben nachdrücklich erweisen würden.

Reichswehrminister Groener erklärt: Vom Vorredner sind eine Reihe von Angriffen gegen das Reichswehrministerium zur Sprache gebracht worden. Sie werden nicht von mir erwartet, daß ich heute auf diese Angriffe antworte. Ich darf aber diese Angriffe nicht ohne Widerspruch und Mißbilligung ins Land hinausgehen lassen. Ich werde die verschiedenen Punkte aufs ernste prüfen und zu gegebener Zeit darauf antworten.

Hg. Wallraf (Dnt.) weist darauf hin, daß die Parteien der Linken alle Geschehnisse der auswärtigen und inneren Politik auf dem einseitigen schuldigen seien. Dieser Feind sei zu vernichten. Ob das gelinge, würden die Wahlen zeigen. Er halte es für zwecklos, heute, wo man noch nicht annähernd den Zeitpunkt der Neuwahlen kenne, sich hier nach Art der homerischen Helden lange vor den Kämpfen gegenjünglich zu schmähen. Deutschland habe nach dem Weltkrieg das „Wehe dem Besiegten!“ gründlich kennengelernt. Gerade die Erfahrungen mit Locarno und Thoiry“, so erklärt der Redner, „zwingen uns zu der dringenden Forderung, keine deutschen Leistungen mehr gegen fremde Versprechungen zu geben. Eine Bindung kann nur dann erfolgen, wenn lebenswichtige Vorteile für Deutschland völlig gesichert sind. Ist Frankreich bereit, sich auf dem Boden der Gleichberechtigung mit uns zu verständigen, so werden wir nicht im Wege sein. Die wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik bleiben für die nächste Zeit die zähe Bekämpfung der Kriegsschuldfrage, die Abrüstung der andern und eine Aenderung des Dawesgesetzes, die den bisher gewährleisteten Schutz der deutschen Währung aufrechterhält.“ Auf dem Gebiete der Wirtschaft fordert der Redner in erster Linie Fürsorge für die Landwirtschaft. Die Frage der Neugliederung des Reiches und der Länder sei mit Schlagworten nicht zu lösen. Wichtiger als der Einheitsstaat sei die Reichseinheit. Was Preußen betrifft, so müsse unter allen Umständen das aufrechterhalten werden, was den guten alten Preußengeist ausmacht: Einfachheit, Zollfreiheit und Ausdauer. Der Redner trifft für Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und des Reichsrats zur Erhöhung von Regierungskrisen ein. Gegenüber der Ausgabefreudigkeit der Parlamente müsse die Stellung des Finanzministers gestärkt werden. Im Auslande werde heute kein deutscher Name mit gleicher Achtung genannt, wie der Hindenburgs. Der Redner weist darauf hin, daß das jetzige Kabinett den Handelsvertrag mit Frankreich zustande gebracht habe. Die Haltung der Linksparteien sei erfüllt von schreiendsten Widersprüchen. Man bezeichnet das Volk als souverän und die Wahl als das